

Pressemitteilung  
Kiel, 01.07.2015

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Die Bundesregierung hat die Hebammen komplett im Stich gelassen**

*Zu erneuten Anstieg der Berufshaftpflichtprämien für Hebammen mit Wirkung vom 1. Juli erklärt der sozialpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Flemming Meyer:*

Das Hebammenwesen in Deutschland ist vom Aussterben bedroht. Schuld sind die immensen Prämien zur Berufshaftpflichtversicherung, die Hebammen abführen müssen.

Unsere Landesregierung hat bereits 2014 auf Initiative des SSW eine Bundesratsinitiative eingebracht, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, diesem Prämienwahn endlich ein Ende zu bereiten. So haben wir dem Bundesgesundheitsminister unter anderem nahegelegt, einen staatlichen Haftungsfond nach dänischem Vorbild einzurichten. Denn dass Kinder gesund auf die Welt kommen, dürfte wohl auch im Interesse des Staates liegen. Unserer Bundesratsinitiative wurde von allen 16 Bundesländern zugestimmt. Und was hat Bundesgesundheitsminister Gröhe seitdem für die Hebammen erreicht? Überhaupt nichts!

Ab heute müssen die Hebammen in Deutschland einen erneuten massiven Anstieg ihrer Haftpflichtprämien hinnehmen. Mehrkosten, die insbesondere

für die Hebammen im geburtenschwächeren ländlichen Raum in keinem Verhältnis mehr zu den Einnahmen stehen. Denn die Vergütung der Hebammen erfolgt weiterhin pro Geburt. Auch an dieser eklatanten Schieflage hat die Bundesregierung bisher nichts ändern können.

Kurzum: Die Bundesregierung hat die Hebammen komplett im Stich gelassen